

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP – Dringlichkeitsantrag Plastikmüll in der Schlei

Dazu sagt die umweltpolitische Sprecherin der
Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Marlies Fritzen:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 096.18 / 21.03.2018

Der Umweltskandal wird uns noch Jahre beschäftigen

Das ganze Ausmaß dieses Umweltskandals ist heute noch nicht annähernd abzuschätzen. Das gilt sowohl für die finanziellen als auch für die ökologischen Schäden. Insbesondere die ökologischen Folgen werden uns noch über Jahre beschäftigen.

Und leider sind auch die notwendigen Aufräumarbeiten mit weiteren Schäden verbunden. Wertvoller Oberboden wird abgetragen, die Vögel, die ihr Brutgeschäft vorbereiten, werden möglicherweise nachhaltig gestört. Und das in einem Gebiet, in dem die Natur eigentlich einen besonderen Schutz genießen sollte.

Ich danke hier vor allem den Helfer*innen, die an der Schlei im Einsatz sind und versuchen, der Verschmutzung irgendwie Herr zu werden. Eine wahre Sisyphos-Arbeit, wenn man an die Wetterlage der letzten Tage denkt. Im Augenblick geht es um Schadensbegrenzung. Und die zuständigen Behörden tun, was sie können.

Die Zufuhr von Lebensmittelresten in den Faulturm wurde unterbunden, sobald diese als Quelle der Verschmutzung identifiziert worden war. Aber schon das Sammeln der Plastikteilchen erweist sich als nahezu aussichtslos. Nicht zu schweigen von der Frage, warum das alles erst heute, zwei Jahre nachdem Umweltverbände auf die Plastikverschmutzung der Schlei aufmerksam gemacht haben, herauskommt. Staatsanwaltschaft und Landeskriminalamt ermitteln und das ist gut so.

Das eigentliche Problem liegt dagegen noch viel tiefer. Plastik ist ein so flexibler wie langlebiger Werkstoff. Und wir müssen uns zunehmend fragen, wo seine Nachteile die Vorsteile überwiegen. Insbesondere dann, wenn Plastik als Müll in der Umwelt landet und über Jahrhunderte nicht verschwindet. Am Ende ist es nicht nur eine Verschandelung der Landschaft und ein Problem für Meerestiere, die es fressen, sondern auch ein gravierendes Gesundheitsproblem für uns Menschen.

Als fein geriebenes Mikroplastik im Meer gelangt es schließlich auch in unsere Nahrungskette. Es sind viele Fragen, die sich stellen:

Wie kann es sein, dass Lebensmittel inklusive Verpackung in einem Faulturm verwertet werden? Die gesetzliche Grundlage, die einen so einen offenbaren Unsinn erlaubt, muss schnellstmöglich geändert werden.

Wie können wir Verpackungsmaterial sparen, das insbesondere als Verbundstoff nicht wiederverwertbar ist? Mehrwegverpackungen und eine echte Kreislaufwirtschaft, in der alle Materialien recycelt werden, sind längst überfällig. Produzent*innen müssen zudem in die Verantwortung genommen werden. Alibi-Regelungen wie die Verpackungsverordnung haben sich als zu lasch erwiesen.

25 Millionen Tonnen Plastikabfälle fallen jährlich in der EU an. Weniger als 30 Prozent davon werden recycelt. Wir brauchen endlich rechtliche Rahmenbedingungen, die mit dem Grundsatz Müllvermeidung vor Wiederverwertung tatsächlich und nicht nur auf dem Papier ernst machen und diesen in konkrete Vorgaben für Produktion und Handel umsetzen.

Der Gelbe Sack wiegt uns in einer scheinbaren Sicherheit: Mülltrennung ist Umweltschutz. Denkste: der sauber getrennte Müll landet weit überwiegend in der Müllverbrennung. Von wegen Recycling. Viele der Verbundstoffe sind untrennbar verbunden und nicht wiederverwertbar. Eine gigantische Verbrauchertäuschung, für die wir am Ende auch noch durch höhere Preise zahlen. Mehr Betrug geht eigentlich kaum.

Richtig wäre, nur noch solche Verpackungen zuzulassen, die tatsächlich wiederverwertbar sind. Wie so oft um Umweltrecht, geht freiwillig nichts. Wir brauchen gesetzliche Vorgaben. Die Wirklichkeit beweist es.
